



Die Sicherheits- Lüge

Gravierende Fehler bleiben jahrzehntelang unentdeckt, bekannte Defizite ohne Folgen – und die AKW am Netz

→ Schwerpunkt Seite 8–16



**25.6.: Menschenkette
Tihange – Aachen, 90 km**

AKW überall abschalten: Die größte
Anti-Atom-Aktion des Jahres – sei dabei!

→ Seite 6-7



Inhalt

3 Editorial

4 Castor-Alarm auf dem Neckar

Aktion | Hilf mit, die gefährliche Atommüll-Verschiebung zu verhindern

5 Weitere Anti-Atom-Aktionen

6 Kettenreaktion zum Ausstieg

Aktion | Mit einer trinationalen, 90 Kilometer langen Menschenkette vom belgischen Schrottreaktor Tihange bis Aachen setzen Zehntausende Atomkraftgegner*innen am 25. Juni ein weithin sichtbares Zeichen: AKW überall abschalten! Bist Du dabei?

8 Die Sicherheits-Lüge

Einleitung | Seit Beginn der Atomkraftnutzung betuern Aufsichtsbehörden und Betreiber, AKW seien „sicher“. Sie meinen: Sie entsprechen den für sie geltenden, oft Jahrzehnte alten Sicherheitsanforderungen. Doch selbst die halten die Anlagen nicht unbedingt ein

10 Sicher bis zum Super-GAU

Hintergrund | 32 Jahre lang verstieß das AKW Philippsburg-2 gegen geltende Sicherheitsanforderungen. Und es ist nicht das erste Mal, dass derlei erst nach langer Zeit herauskommt. Trotzdem ließen Minister*innen von Schwarz bis Grün den Reaktor immer wieder aufs Neue ans Netz

12 Blackbox Reaktorkern

Hintergrund | In den AKW Brokdorf und Grohnde korrodieren Brennstäbe, die Ursache ist ungeklärt. Gibt es Parallelen zum Skandal-AKW Leibstadt in der Schweiz?

14 Gefahr von oben

Interview | Kein AKW würde den Absturz einer großen Passagiermaschine sicher überstehen. Die Behörden lösen regelmäßige Flugalarm aus

16 „Nehmt eure Worte ernst“

Dokumentation | Offener Brief an die nominell atomkritischen Parteien

17 .ausgestrahlt-Shop

19 Atomkraft in China

Hintergrund | Peking will den Bau Dutzender neuer Reaktoren durchdrücken – doch örtliche Proteste haben schon mehrere Atomprojekte gekippt

20 „Wir geben nicht auf“

Porträt | Seit 30 Jahren kämpft die „Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad“ gegen das geplante Atomülllager für schwach- und mittelradioaktiven Müll in der ehemaligen Eisenerzgrube bei Salzgitter. Claus Schröder, 61, hat den Zusammenschluss mit gegründet

22 Rückblick

24 Heimliche Laufzeitverlängerung

Infografik | Durch Übertragung von Stromproduktionsrechten längst abgeschalteter Meiler verlängern die Betreiber die Laufzeit ihrer AKW

Über .ausgestrahlt

.ausgestrahlt ist eine bundesweite Anti-Atom-Organisation. Wir unterstützen Atomkraftgegner*innen, aus ihrer Haltung öffentlichen Protest zu machen.

Viele nutzen die Angebote von .ausgestrahlt für ihr Anti-Atom-Engagement. Hinter der Planung von .ausgestrahlt steckt ein derzeit 16-köpfiges **Team** von Ehrenamtlichen, Angestellten und Praktikant*innen.

www.ausgestrahlt.de/ueber-uns

Dieses .ausgestrahlt-Magazin erscheint vier Mal im Jahr. Allen Interessierten schicken wir es gerne kostenlos zu – auch Dir.

www.ausgestrahlt.de/magazin

Der .ausgestrahlt-Newsletter informiert Dich alle zwei bis drei Wochen kostenlos per E-Mail über aktuelle Entwicklungen und Aktionen.

www.ausgestrahlt.de/newsletter

Einpacken und Auspacken

Kisten schleppen heißt es nach sechs Jahren in der Marienthaler Straße – Gentrifizierung, Kündigung. Das neue .ausgestrahlt-Büro liegt mitten in Altona. Nur eine Plakatwand fehlt ...



Foto: Julia Schumacher

Ab Juni 2017 haben wir wieder Platz für **Praktikant*innen**. www.ausgestrahlt.de/praktikum

Spendenkonto

.ausgestrahlt e.V.

IBAN: DE51 4306 0967 2009 3064 00

BIC: GENODEM1GLS GLS Bank

Spenden sind steuerlich absetzbar.

Impressum

.ausgestrahlt

Große Bergstraße 189, 22767 Hamburg

info@ausgestrahlt.de

www.ausgestrahlt.de

Redaktion: Armin Simon, Jochen Stay, Julia Schumacher

Bildredaktion: Andreas Conradt

Mitarbeit: Angela Wolff, Carolin Franta, Finn Mayer-Kuckuk, Helge Bauer, Jan Becker, Julian Jenkel, Jürgen Rieger, Sarah Lahl, Thomas Rosa, Ute Bruckart

Gestaltung: Holger M. Müller (holgermmueller.de); Entwurf:

Marika Haustein, Markus von Fehrn-Stender

Druck: Vettters, Radeburg, auf Recyclingpapier

Auflage: 45.000

V.i.S.d.P.: Jochen Stay

.ausgestrahlt
gemeinsam gegen atomenergie



Foto: Kai Löffelbein

Anti-Atom-Menschenkette im März 2011 vom AKW Neckarwestheim nach Stuttgart. CDU-Ministerpräsident Mappus vereinbarte wenige Tage später mit EnBW, dass Neckarwestheim-1 nie wieder ans Netz gehen würde

Hand in Hand gegen das Atomrisiko

Liebe Leserin, lieber Leser,

Radioaktivität kennt keine Grenzen. Deshalb wird die 90 Kilometer lange, trinationale Menschenkette vom belgischen Riss-Reaktor Tihange bis nach Aachen am 25. Juni ein unübersehbares Zeichen für einen europaweiten Atomausstieg setzen. Zehntausende Atomkraftgegner*innen aus Belgien, den Niederlanden und allen Teilen Deutschlands werden Hand in Hand und buchstäblich grenzüberschreitend demonstrieren – nicht nur gegen die AKW Tihange und Doel, sondern gegen alle noch laufenden Reaktoren und Atomfabriken: gegen die AKW in Borssele und in Lingen, in Cattenom und in Grohnde, in Chooz und in Philippsburg, in Gravelines und in Gundremmingen.

Gelingt die Kette, macht das Druck für die Abschaltung der AKW überall, in Belgien genauso wie in Deutschland, Frankreich und den Niederlanden. Streich auch Du Dir den letzten Sonntag im Juni dick im Kalender an. Sieben Wochen bleiben Dir noch, um die „Kettenreaktion Tihange“ in Deinem Umfeld bekannt zu machen, weitere Mitstreiter*innen zu gewinnen und euren gemeinsamen Ausflug zu planen. Wer welchen Streckenabschnitt füllen soll, damit nirgendwo Lücken bleiben, steht auf Seite 7.

Dass auch die Reaktoren hierzulande ein beträchtliches Risiko darstellen, ist gerade wieder im AKW Philippsburg-2 deutlich geworden. Der Reaktor hält seit seiner Inbetriebnahme Ende 1984 grundlegende Sicherheitsstandards nicht ein. Keiner Inspektor*in und keiner Behörde fiel

das auf (Seite 10). Dass kein AKW in Deutschland den Absturz einer großen Passagiermaschine überstehen würde, ist seit mehr als 15 Jahren bekannt (Seite 14). Und in mehreren Reaktoren korrodieren die Brennstäbe weit stärker als erwartet – Ursache unbekannt (Seite 12).

„Wenn wir wollten, könnten wir alle acht noch aktiven Atomkraftwerke von heute auf morgen vom Netz nehmen“, schreibt die renommierte Energieexpertin Claudia Kemfert in ihrem aktuellen Buch. Es ist höchste Zeit, wieder laut und sichtbar zu sagen und zu zeigen, was wir wollen: Alle AKW abschalten – überall.

Jochen Stay
und das ganze .ausgestrahlt-Team



Castor-Alarm auf dem Neckar

Per Schiff will EnBW noch dieses Jahr 15 Castor-Behälter mit hochradioaktivem Atommüll vom AKW Obrigheim zum AKW Neckarwestheim verfrachten – fünf Transporte à drei Castoren. Die Transportgenehmigung kann jeden Tag kommen. Das „Bündnis Neckar castorfrei“, in dem auch .ausgestrahlt mitarbeitet, plant Proteste jeweils ab dem Losfahren des leeren Schiffes in Neckarwestheim, wenn es sich auf den Weg nach Obrigheim macht, um die Atommüll-Behälter abzuholen.

Die Schiffe brauchen um die acht Stunden pro einfache Strecke, der Atommüll soll aus Sicherheitsgründen ausschließlich tagsüber reisen. An gut erreichbaren Punkten in der Nähe des Neckars wird es Mahnwachen geben. Zum Querstellen bieten sich die 22 Brücken und sechs Schleusen an, welche die Castoren auf ihrem 50 Kilometer langen Weg passieren müssen.



Fotos (3): Karin Behr / PubliViewing

„Tag X“?

Den Alarmruf zu „Tag X“ sowie aktuelle Infos gibt's per SMS und Newsletter (www.neckar-castorfrei.de) sowie über Twitter (twitter.com/NeckarXCastor) und beim Infotelefon (0151-1022 3543).

Camps sowie Vollversorgung mit VoKü wird es voraussichtlich nicht geben. Eine Bettenbörse nimmt unter betten@neckar-castorfrei.de Übernachtungsgesuche oder -angebote an. Entlang der Strecke gibt es zudem mehrere Campingplätze direkt am Fluss sowie etliche offizielle Übernachtungsmöglichkeiten, siehe etwa www.neckartalradweg-bw.de



21.5.: Demo zu Wasser und an Land

Am Sonntag, dem 21.5., startet um 12 Uhr in Kirchheim/Neckar eine Wasser- und Land-Demo gegen die geplanten Castor-Transporte. Kanus, Boote und Fahrräder werden am AKW Neckarwestheim vorbei flussabwärts bis Lauffen paddeln, rudern, segeln, tuckern, treiben, schwimmen und radeln und so entlang des gesamten letzten Streckenabschnitts gegen die sinnlose und gefährliche Atommüll-Verschiebung protestieren. Bring ein Wasserfahrzeug oder Fahrrad mit und lasst die Demo laut und bunt werden!

www.neckar-castorfrei.de

AKW Gundremmingen: beide Blöcke abschalten!

Was wäre wenn ...

... es in einem der Reaktoren in Gundremmingen zu einem Super-GAU käme? Der Fotograf Alexander Tetsch stellt Bildern aus der Sperrzone um Tschernobyl analoge Situationen aus der (noch unverstrahlten) Umgebung des AKW Gundremmingen gegenüber.

Die sechs Bilderpaare führen auf drastische und anschauliche Weise vor Augen, welche Folgen ein schwerer Atomunfall für die ganze Region hätte. Die Ausstellung (Plakatserie in A2) ist für alle Orte mit Publikumsverkehr geeignet. Bestellung auf Seite 18 oder unter unter

www.ausgestrahlt.de/shop



2-1≠0

„Wer B sagt, muss auch C sagen!“, fordert .ausgestrahlt beim AKW Gundremmingen. Nicht nur Block B, sondern auch Block C muss noch 2017 vom Netz gehen. Denn die Reaktoren sind baugleich, die Sicherheitsmängel die gleichen. Wer das Atom-Risiko abschalten will, muss beide Meiler abschalten. Der neue Spot von .ausgestrahlt und Umweltinstitut München, der Ende Mai erscheint, macht das auf augenzwinkernde Weise deutlich. Verbreite den Spot online weiter und frag in Deinem Lieblingskino, ob sie ihn kostenlos zeigen!

www.ausgestrahlt.de/akw-gundremmingen

Anzeige

DIE Druckerei für Recyclingpapier



www.recyclingflyer.de

.ausgestrahlt auf dem Kirchentag

Atommüll, Gorleben und die neue Standortsuche für ein Atommülllager sind Thema beim .ausgestrahlt-Stand auf dem evangelischen Kirchentag in Berlin (25.-27.5., „Markt der Möglichkeiten“, Halle 2.2-H20). Daneben ist es eine gute Gelegenheit, mit .ausgestrahlt-Aktiven persönlich ins Gespräch zu kommen.

Kultur & Widerstand im Wendland

Von Himmelfahrt (25.5.) bis Pfingsten (5.6.) lädt das Wendland erneut zur „Kulturellen Landpartie“: Zahlreiche Künstler*innen öffnen ihre Ateliers und Gärten für Ausstellungen, Konzerte, Kleinkunst, Zirkus, Theater, Filme, Lesungen, Vorträge und Workshops. .ausgestrahlt informiert in Klein Witzeeze und Göttien über die Situation in Gorleben und die Fehler der neuen Standortsuche – und natürlich auf der großen „Widerstandspartei“, zu der sich Aussteller*innen und Besucher*innen am Pfingstfreitag (2.6., ab 14 Uhr) bei den Gorlebener Atomanlagen treffen.



www.kulturelle-landpartie.de

www.bi-luechow-dannenberg.de

Sommerakademie „Atomares Erbe“

Welches atomare Erbe hinterlassen wir künftigen Generationen? Dieser Frage können Studierende und junge Wissenschaftler*innen bei der vom Fachportal atomuellreport.de veranstalteten Sommerakademie vom 2. bis 6. August in Wolfenbüttel nachgehen. Ausgewiesene Expert*innen geben eine Einführung in die Probleme bei Umgang und Lagerung radioaktiver Abfälle und zeigen berufliche Perspektiven auf.

www.atommuellreport.de

Kettenreaktion zum Ausstieg



Aktion | Mit einer trinationalen, 90 Kilometer langen Menschenkette vom belgischen Schrottkernreaktor Tihange über Lüttich und Maastricht bis Aachen setzen Zehntausende Atomkraftgegner*innen aus Deutschland, Belgien und den Niederlanden am Sonntag, dem 25. Juni ein weithin sichtbares Zeichen: AKW überall abschalten! Bist Du dabei?



Es wird die größte Anti-Atom-Aktion in diesem Jahr in ganz Europa sein, die internationalste und die zweitlängste überhaupt: Eine 90 Kilometer lange Menschenkette für einen europäischen Atomausstieg wollen Atomkraftgegner*innen aus Belgien, den Niederlanden und Deutschland am Sonntag, den 25. Juni bilden. Vom belgischen Schrott-AKW Tihange, dessen Reaktoren von tausenden Rissen durchzogen sind, über Lüttich, Maastricht bis Aachen wird die Kette reichen. Und wenn alles klappt, wird die gesamte Strecke beim „Kettenschluss“ mittags Hand in Hand verbunden sein, über drei Länder und zwei Grenzen hinweg. Ein starker, unübersehbarer und internationaler Protest gegen das fortdauernde Atom-Risiko und für die Abschaltung aller AKW überall.

Denn die Skandalmeiler in Tihange und Doel in Belgien, die seit Jahren für Schlagzeilen sorgen und über die sich gerne auch Politiker*innen jeder Couleur aus Deutschland

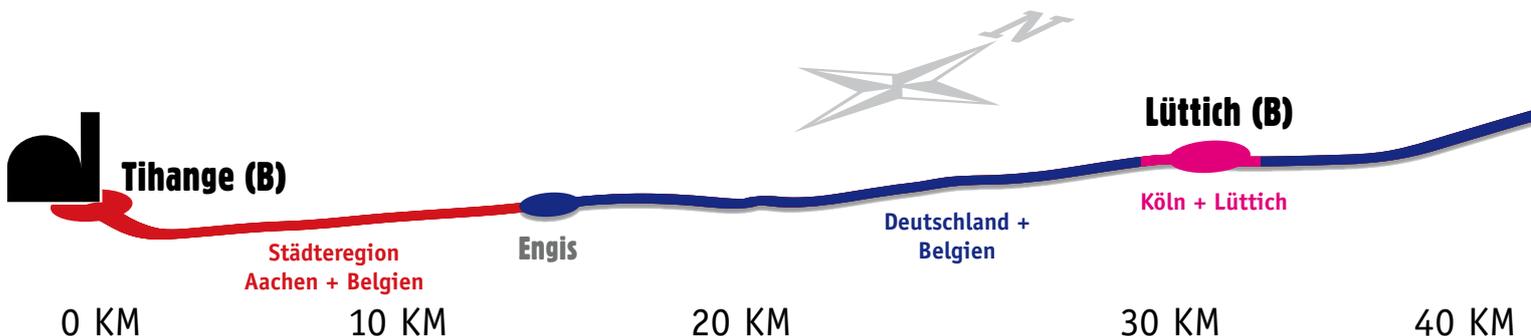
öffentlich empören, sind beileibe nicht die einzigen, die Leben und Gesundheit von Millionen Menschen bedrohen. Das AKW Borssele in den Niederlanden, 200 Kilometer nordöstlich von Aachen, hat fast 44 Jahre auf dem Buckel und ist damit eines der ältesten in der EU. In Frankreich sind noch 58 Reaktoren am Netz, darunter die AKW Cattenom, Chooz, Gravelines und Nogent, allesamt keine 300 Kilometer von Aachen entfernt. Gleiches gilt für die deutschen AKW Emsland/Lingen, Grohnde und Philippsburg. Der zweitgrößte Atomstromproduzent in der EU, gleich hinter Frankreich, ist bekanntlich immer noch Deutschland, allem Gerede vom „Atomausstieg“ zum Trotz.

Radioaktivität kennt keine Grenzen, der Widerstand gegen Atomkraft auch nicht. Das Dreiländereck um Aachen ist ideal, um das zu zeigen. Alarmiert durch die Schreckensmeldungen über den Zustand der Reaktoren in Tihange ist die Karnevalshochburg längst zur Anti-Atom-Hauptstadt geworden, wo der Fußball-Regionalligist

Alemannia Aachen vor 22.000 Menschen zugunsten des Anti-Atom-Widerstands spielt, der Städteregionspräsident Anti-AKW-Klagen von über 100 Städten anleiert und die Lokalzeitung die Proteste regelmäßig mit Sonderseiten unterstützt.

Die „Kettenreaktion Tihange“ wird diesen Schwung nutzen, um Druck zu machen, die AKW überall endlich abzuschalten: in Belgien, Frankreich und den Niederlanden ebenso wie in Deutschland. Dazu braucht es die tatkräftige Unterstützung von Zehntausenden, nicht nur aus der Region, sondern auch aus ganz Deutschland. Kurz: Am 25.6. braucht es Dich und Deine Freund*innen, mit ausgestreckten Armen. Wo? Siehe rechts.

PS: Die große Anti-Atom-Menschenkette am 26.4.2010, initiiert von .ausgestrahlt, reichte vom AKW Brunsbüttel bis zum AKW Krümmel – 120 Kilometer. Beide AKW gingen danach nie wieder ans Netz ...



Jeder Meter zählt – so geht's

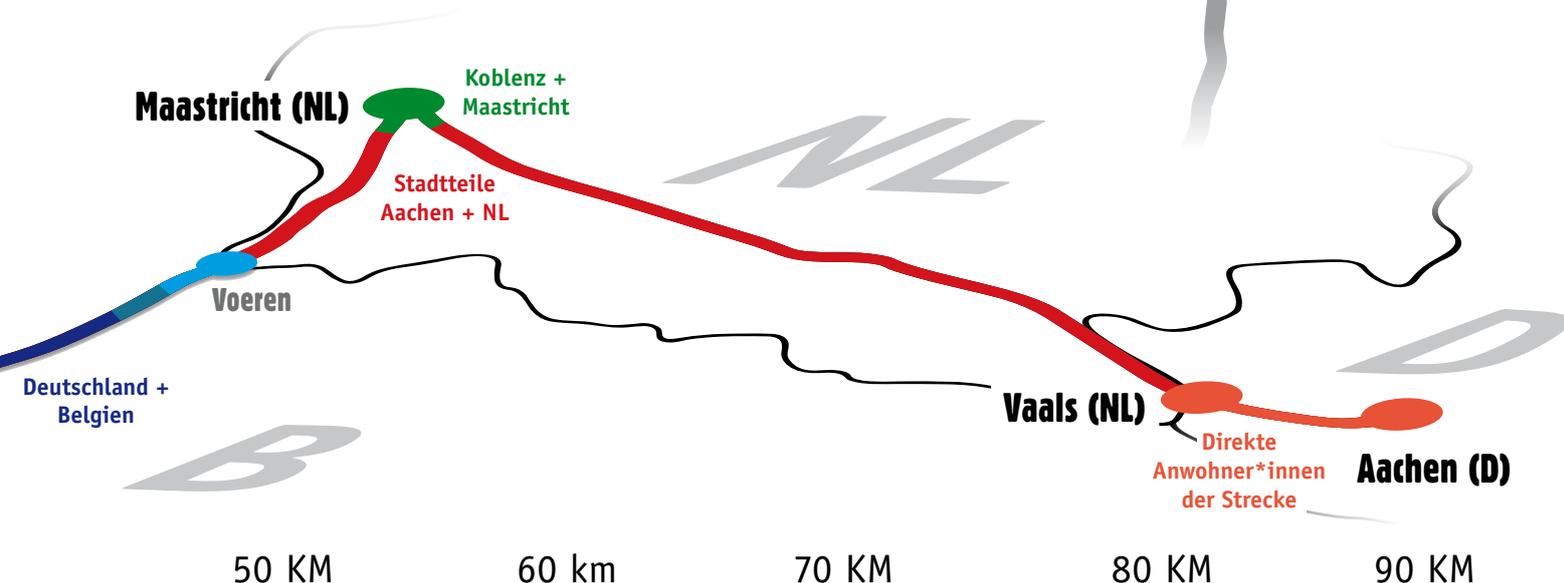
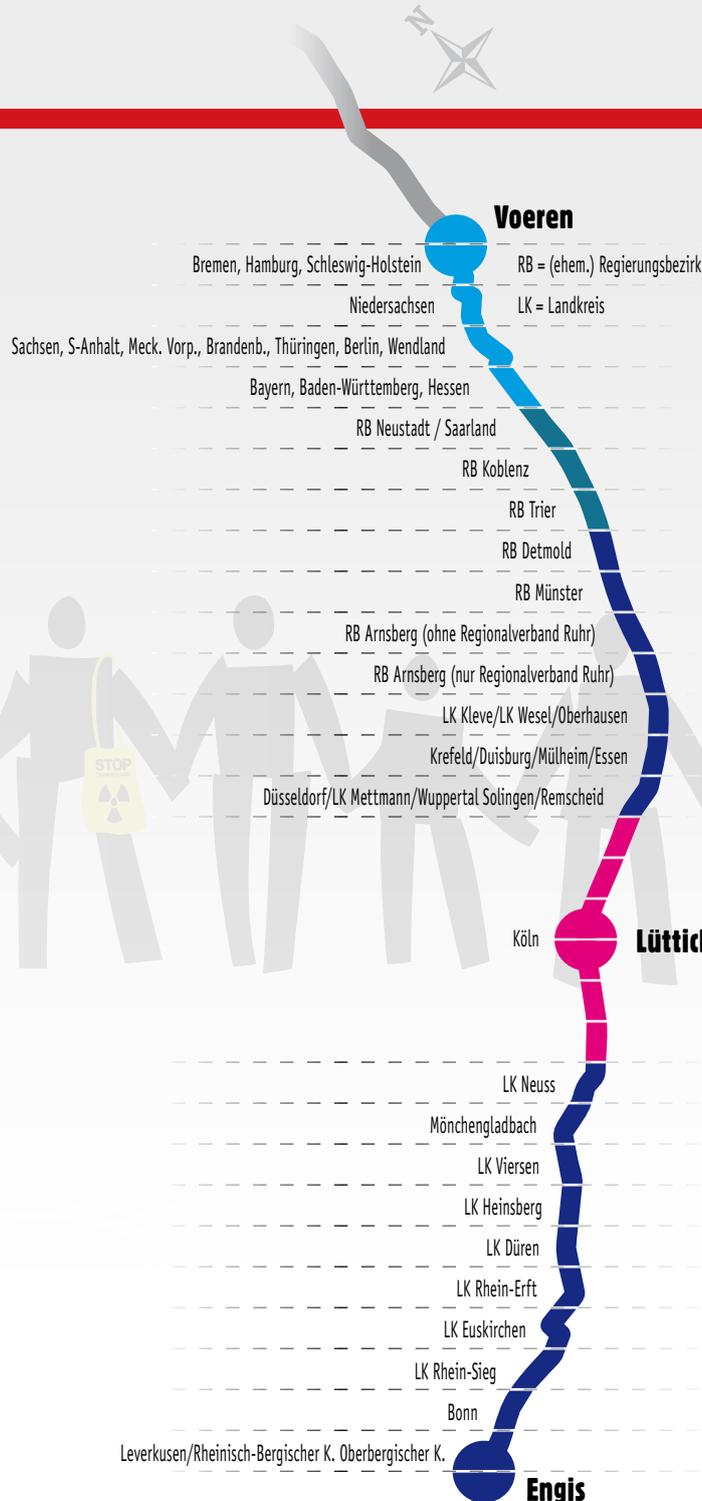
Bei der „Kettenreaktion Tihange“ demonstrieren Atomkraftgegner*innen aus Belgien, den Niederlanden, Deutschland und vielen anderen Ländern Hand in Hand dafür, die AKW überall abzuschalten. Jeder Streckenabschnitt wird deshalb international besetzt sein.

Damit das gelingt – und damit nirgendwo Lücken bleiben –, ist die Strecke in **90 Ein-Kilometer-Abschnitte** unterteilt. **Für jeden Abschnitt gibt es eine „Patenregion“ in Deutschland**, die diesen füllen soll. Ebenso gibt es in Belgien und den Niederlanden Patenregionen für die Abschnitte.

So werden sich die Teilnehmer*innen aus **Aachen** stadtviertelweise auf insgesamt mehr als 30 Kilometer der Strecke verteilen. Auch **Köln** (Partnerstadt von Lüttich) und **Koblenz** (Partnerstadt von Maastricht) bekommen mehrere Kilometer, die übrigen Landkreise und Regierungsbezirke in **Nordrhein-Westfalen** und den angrenzenden Regionen jeweils einen. Eine Handvoll Streckenkilometer schließlich müssen **bundesweit** anreisende Atomkraftgegner*innen füllen. Die Karte und der Ausschnitt rechts geben einen ersten Überblick; die genaue Aufteilung etwa der Stadtbezirke findest Du online unter www.ausgestrahlt.de/kettenreaktion-tihange

Am 25.6. solltest Du **um 12 Uhr auf „Deinem“ Streckenabschnitt** sein. Plane ausreichend Zeit für die Anfahrt ein, denn es werden viele Menschen unterwegs sein. Die Aktion dauert bis maximal 14 Uhr. Eine Mitfahrerbörse ist in Arbeit.

Wird die „Kettenreaktion“, der Kettenschluss, gelingen? Ja – wenn wir überall viele sind. Deshalb: Verteile Flyer, Postkarten und Plakate – Bestellung auf Seite 17. Bring den Ketten-Werbespot ins Kino und/oder verbreite ihn online. Organisiere einen Bus aus Deiner Stadt. Und das Wichtigste: Lade Freund*innen und Kumpel, Verwandte und Bekannte, Nachbar*innen und Kolleg*innen zur Menschenkette ein! Denn jeder Meter zählt.



Die Sicherheits-Lüge



Foto: Tepco

Auch das AKW Fukushima galt jahrzehntelang als „sicher“, weder Betreiber noch Behörden sahen einen Grund, den Meiler stillzulegen. Bis zum 11. März 2011 – da war es dann zu spät

Einleitung | Seit Beginn der Atomkraftnutzung betuern Aufsichtsbehörden und Betreiber, AKW seien „sicher“. Sie meinen: Sie entsprechen den für sie geltenden, in der Regel Jahrzehnte alten Sicherheitsanforderungen. Doch selbst die halten die Anlagen nicht unbedingt ein

Wir sind jahrelang davon ausgegangen, dass die Beherrschung eines Flugzeugabsturzes und eines Erdbebens gewährleistet war. Und wir mussten feststellen, dass das nicht der Fall war, und zwar seit Errichtung der Anlage.“ Es ist der Leiter der Atomaufsicht im Stuttgarter Umweltministerium, der am 23. Februar 2017 im Fernsehen so über das AKW Philippsburg-2 spricht. Und damit einräumt: Die angeblich so sicheren AKW in Deutschland erfüllen unter Umständen selbst

grundlegende, unstrittige und von Anfang an geltende Sicherheitsanforderungen nicht. Der angenommene Zustand der Anlagen stimmt nicht unbedingt mit der Realität überein. Auch schwerwiegende Sicherheitsmängel können jahrzehntelang unbemerkt bleiben.

Unbemerkte Mängel

Es ist nicht der erste derartige Fall, auch nicht in Philippsburg-2 – siehe Seite 10/11. Trotzdem durfte der Reaktor bisher nach jeder noch so

„Außerhalb der Kontrolle“

beunruhigenden Entdeckung wieder ans Netz, immer nach dem Motto: Es lief zwar was falsch, aber jetzt ist alles wieder in Ordnung. Was, wie das oben genannte Statement beweist, noch nie stimmte.

Dabei geht es nicht um einzelne Ausfälle von Bauteilen, wie sie – schlimm genug – auch in AKW immer wieder auftreten. Es geht um Konstruktionsfehler, die niemand ahnt, die niemand bemerkt, mit denen niemand rechnet. Um Abweichungen von den Plänen, die Basis der Sicherheitsanalysen und Genehmigungen sind. Um Betriebsregeln, die systematisch missachtet werden. Um angenommenen Schutz, der real gar nicht vorhanden ist. Um Sicherheitsanforderungen, die zum Teil jahrzehntelang nicht eingehalten werden. Weil es schlicht niemandem auffällt. Oder weil es niemanden interessiert.

Das sogenannte Sumpfsiebproblem ist so ein Fall: Bei einem Leck ausströmendes Reaktorkühlwasser kann Isolier- und anderes Material mit sich reißen. Der Theorie nach soll dieses Wasser unten im Sicherheitsbehälter, im sogenannten Reaktorsumpf, aufgefangen und von dort wieder in den Reaktor gepumpt werden, um diesen weiter zu kühlen. Doch eben diese Kühlung kann versagen, wenn der mitgerissene Schmutz die Siebe vor den Ansaugöffnungen der Pumpen verstopft. Expert*innen sagen diesen Fall, der am Ende zur Kernschmelze führen kann, bereits in den 1970ern vorher. Sie unterschätzen aber die Brisanz gewaltig. Das zeigt sich, als 1992 im schwedischen AKW Barsebäck ein falsch montiertes Ventil am Kühlkreislauf abreißt – ein kleines Leck, noch innerhalb des Sicherheitsbehälters. Doch statt zehn Stunden, wie vorhergesagt, dauert es ganze 25 Minuten, bis die Sumpfpumpen stottern und kein Wasser mehr in den Reaktor befördern: die Siebe sind dicht mit Isoliermaterial. Erst zweieinhalb Stunden später gelingt es der Betriebsmannschaft, die Verstopfung durch Rückwärtspumpen zu lösen.

An diese Rückwärtsgang-Idee klammern sich auch die AKW-Betreiber in Deutschland. Die Behörden sehen keinen Grund einzuschreiten. Erst 17 (!) Jahre später hält die Reaktorsicherheitskommission (RSK) in einem vertraulichen

Protokoll fest, dass die angeblichen Nachweise der Betreiber „nicht in allen Aspekten nachvollziehbar sind“, das heißt: ungültig. Es dauert ein weiteres Jahr, bis Maßnahmen gegen die Verstopfungsgefahr laut Bundesumweltministerium zumindest „weitgehend umgesetzt“ sind. Alle AKW liefen derweil munter weiter.

Veraltete Standards

Oder der angebliche Schutz der Anlagen gegen Flugzeugabstürze, der sich jetzt in Philippsburg-2, wie die Atomaufsicht einräumt, als Schimäre entpuppt hat: Die Lüftungskanäle für alle vier Notspeisesysteme sind anders montiert, als in den Bauplänen des AKW angegeben. Bei Erschütterungen können sie abreißen, was zum Ausfall der Notkühlung führen könnte. Das AKW hätte so niemals ans Netz gehen dürfen.

Trotzdem ist gut möglich, dass der grüne Umweltminister Franz Untersteller den Reaktor bald wieder ans Netz lässt: Wenn EnBW nachgewiesen hat, dass die Lüftungskanäle mehr als 32 Jahre nach Inbetriebnahme des AKW nun endlich den Anforderungen entsprechend montiert sind.

Selbst dann wäre Philippsburg-2 allerdings nur gegen die Flugzeuge geschützt, gegen die der Reaktor bei seinem Bau ausgelegt werden musste. Das war ein „Phantom“-Jagdbomber. Abstürze von ungleich größeren Passagierflugzeugen mit mehr Kerosin im Tank galten damals als unvorstellbar.

Seit dem 11.9.2001 ist diese Einstufung obsolet: Abstürze großer Passagiermaschinen auf AKW zählen nicht mehr zum Restrisiko. Der Staat muss seine Bürger*innen daher vor den Folgen solcher Ereignisse schützen, stellt das Bundesverwaltungsgericht 2008 nochmals klar. Ein Gutachten im Auftrag des Bundesumweltministeriums hielt schon 2002 fest, dass kein Meiler einen Absturz einer großen Passagiermaschine sicher überstehen würde. Ernsthaftige Konsequenzen für die AKW – siehe Seite 14/15 – hatte das allerdings bis heute nicht: Dann müsste man sie ja abschalten.

Armin Simon

Herr Jaczko, Aufsichtsbehörden und Betreiber betonen immer wieder, die AKW seien „sicher“. Trotzdem gab es schon drei Super-GAUs. Wo liegt das Missverständnis?



Gregory Jaczko, ehemaliger Chef der US-Atomaufsicht: Wenn Atomaufsichtsbehörden „sicher“ sagen, meinen sie, dass das AKW den für es geltenden Standards entspricht. Aber die sind nie so angelegt, dass sie jeden möglichen Unfall verhindern. Sie sind nur da, um sicherzustellen, dass die Anlagen in den meisten Fällen ohne Unfall laufen.

Was versteht die Öffentlichkeit, wenn sie das Wort „sicher“ hört?

Dass es nie einen Unfall geben wird und alles immer gut ist. Es gibt also einen großen Unterschied zwischen dem, was die eine Gruppe sagt, und dem, was die andere Gruppe hört.

Atomaufsichtsbehörden können also schwere Atomunfälle nicht verhindern?

Ganz klar nein – siehe Harrisburg, Tschernobyl und Fukushima.

Vielleicht haben sie bloß ihren Job nicht gut gemacht?

Das ist sicher so. Es gibt immer etwas in der Art, dass die Aufsichtsbehörden von einem Problem wussten und nichts getan haben, was den Unfall hätte vermeiden können. Aber selbst wenn sie und der Betreiber immer alles richtig machen, können Dinge passieren, die außerhalb der Kontrolle von allen sind. Das Design der Reaktoren ist so, dass es immer Szenarien geben kann, die zu einem schweren Unfall führen.

Interview (März 2016): Armin Simon



Foto: Lothar Neumann

Sicher bis zum Super-GAU

Hintergrund | 32 Jahre lang verstieß das AKW Philippsburg-2 gegen geltende Sicherheitsanforderungen. Und es ist nicht das erste Mal, dass derlei erst nach langer Zeit herauskommt. Trotzdem ließen Minister*innen von Schwarz bis Grün den Reaktor immer wieder aufs Neue ans Netz. Eine Chronik, sicher unvollständig

20. Dezember 2016

Bei Routinekontrollen entdecken Mitarbeiter der EnBW, dass zwei von vier Systemen, die im Notfall Kühlwasser in den Reaktor pumpen sollen, nicht den gesetzlichen Anforderungen entsprechen – Bolzen an wichtigen Lüftungskanälen sind gebrochen. EnBW meldet den Vorfall der Atomaufsicht zunächst in der Kategorie E („Eilmeldung“), stuft ihn wenige Tage später aber in die höchste Meldekategorie S („Sofortmeldung“) hoch: Nicht bloß zwei, sondern alle vier Notspeisesysteme hätten bei einem Störfall ausfallen können. Ursache ist ein Konstruktionsfehler: Das AKW ist anders gebaut als geplant und seit 32 Jahren nicht ausreichend gegen starke Erschütterungen gesichert. Schon ein leichtes Erdbeben oder der Absturz einer Militärmaschine wären unter Umständen nicht mehr beherrschbar gewesen. Die Genehmigungsvoraussetzungen für das AKW waren damit zu keinem Zeitpunkt je erfüllt. Philippsburg-2 hätte nie ans Netz gehen dürfen.

April 2016

Während der Jahresrevision 2016 meldet EnBW, dass externe Mitarbeiter Sicherheitsprüfungen nur vorgetäuscht haben. Acht Prüfprotokolle von Dezember 2015 sind nachweislich gefälscht, die Einhaltung der Sicherheitsstandards war folglich längere Zeit nicht gewährleistet.

„Die Anlagen in Philippsburg waren jederzeit in einem (...) sicheren Zustand.“ (EnBW, 18. April 2016)

„Das Umweltministerium hat seine Prüfung (...) abgeschlossen. (...) einem Wiederanfahren des Kernkraftwerkes nach dem Ende der Revision [steht der Fall] (...) nicht mehr entgegen.“ (Umweltminister Franz Untersteller, 20. Mai 2016)

März 2012

Untersuchungen des baden-württembergischen Umweltministeriums ergeben, dass EnBW gravierende Sicherheitslücken in Philippsburg-2 erst nach viereinhalb Jahren tatsächlich behoben hat.

Bereits 2004 hatte der Betreiber den Austausch von Armaturen und Rohrleitungsstücken sowie die Nachrüstung der Stützsysteme zum Schutz gegen Erdbeben angekündigt. Durchgeführt hat er die sicherheitsrelevanten Maßnahmen jedoch erst im Mai 2009.

„Die Sicherheit unserer Anlagen genießt für uns weiterhin oberste Priorität und zwar bis zur letzten produzierten Kilowattstunde beim Betrieb von KKP-2“ (Jörg Michels, Technischer Geschäftsführer des Kernkraftwerks Philippsburg, 29. Mai 2012)

19. bis 22. Januar 2010

Bedingt durch einen Steuerungsdefekt fällt das Notkühlsystem komplett aus. Der Fehler kann drei Tage lang nicht behoben werden. EnBW meldet den Vorfall nicht der Atomaufsicht. Erst ein Insider macht ihn 2011 öffentlich. Zwei Jahre später holt EnBW die Meldung als „Eilmeldung“ nach: „(...) im Verlauf des unterstellten Störfallszenarios wäre in den Wasserbecken ein Temperatur-Grenzwert erreicht worden, ab dem das Notspeisesystem (...) als nicht verfügbar zu betrachten wäre“.

„Die anonym vorgebrachten Anschuldigungen (...) wurden von der Atomaufsicht geprüft und als nicht sicherheitsrelevant eingestuft.“ (Pressesprecher der EnBW, Ulrich Schröder, 24.03.2011)

12. Mai 2009

Armaturen der höchsten Sicherheitskategorie sind zehn Stunden lang von der Stromzufuhr getrennt. Dadurch ist der Sicherheitsbehälter des AKW Philippsburg-2 regelwidrig geöffnet und könnte auch bei einem Störfall nicht geschlossen werden – der Austritt von Radioaktivität ließe sich so nicht verhindern. Zugleich führt EnBW bei laufendem Betrieb Arbeiten am Feuerlöschsystem im Reaktor aus. Gutachter konstatieren im Nachhinein, dass „über einen Zeitraum von 16 Tagen (...) eine sicherheitstechnisch nicht unerhebliche Beeinträchtigung der Einrichtungen zur Brandbekämpfung im Reaktorgebäude bestand.“ Die Öffentlichkeit erfährt erst 2011 von dem Vorfall, Gutachter stufen ihn nachträglich als meldepflichtig ein.

„Sachverhalt von offenkundig geringer sicherheitstechnischer Bedeutung“ (Umweltministerin Tanja Gönner, 24.03.2011)

Dezember 2008

Die Reaktorsicherheitskommission hält fest, dass auch in Philippsburg-2 bei einem Störfall losgerissenes Dämmmaterial die Kühlung des Reaktorkerns lahmlegen könnte. Das sogenannte Sumpfsiebproblem ist seit Mitte 1992 bekannt, als das schwedische AKW Barsebäck nur knapp einer Katastrophe entging.

16. März 2004

Philippsburg-2 muss herunterfahren, nachdem bei Instandhaltungsarbeiten auffällt, dass an insgesamt 29 Pumpen von Kühl- und Notkühl-systemen Befestigungsstifte fehlen, die ein Verrutschen bei Erschütterungen verhindern sollen. Der Fehler hat System; er tritt auch in anderen Atomkraftwerken auf. Die Atomaufsicht geht davon aus, dass die Befestigungsstifte spätestens ab 1992 bei den routinemäßigen Instandhaltungsarbeiten „nach und nach entfallen sind“ – das Personal hatte ihre sicherheitstechnische Bedeutung offenbar nicht auf dem Schirm.

„Als besondere Stärken des Kernkraftwerks Philippsburg hob (IAEO-Experte) Lipar die hohe Motivation und Teamfähigkeit des Personals sowie die gute Instandhaltung der Anlage hervor. (...) Der Gesamteindruck (...) war, dass die Anlage über viele Merkmale einer ausgeprägten Sicherheitskultur verfügt.“ (EnBW, 27. Januar

2005, über das Ergebnis einer mehrwöchigen Inspektion des AKW Philippsburg-2 durch 15 Expert*innen der Internationalen Atomenergie-Organisation IAEA im Oktober 2004)

10. August 2001

Zwei Wochen nach dem Wiederanfahren des AKW Philippsburg-2 nach dessen Jahresrevision stellen Mitarbeiter*innen fest, dass die Borsäurekonzentration in drei der vier mit Notkühlwasser befüllten Flutbehälter zu gering ist. Unzureichend boriertes Wasser kann im Reaktorkern einen Effekt wie Benzin ins Feuer gießen haben und die Kettenreaktion, die es eigentlich stoppen soll, noch weiter anheizen. EnBW lässt den Reaktor dennoch einfach weiterlaufen. Folgeuntersuchungen enthüllen darüber hinaus, dass beim Anfahren des Reaktors die vorgeschriebenen Kühlwasservorräte in allen vier Flutbehältern deutlich unterschritten waren – und dies nicht nur diesmal, sondern schon seit 17 Jahren. Bemerkte hatte diesen regelmäßigen Verstoß gegen die Betriebsvorschriften seit Inbetriebnahme des Reaktors niemand.

„Nicht sicherheitsrelevant“ (Urteil des TÜV Süddeutschland vom 27. September 2001; die Landesatomaufsicht schließt sich dieser Einschätzung an)

Armin Simon



Demo in Philippsburg zum Tschernobyl-Jahrestag 2015

Foto: privat

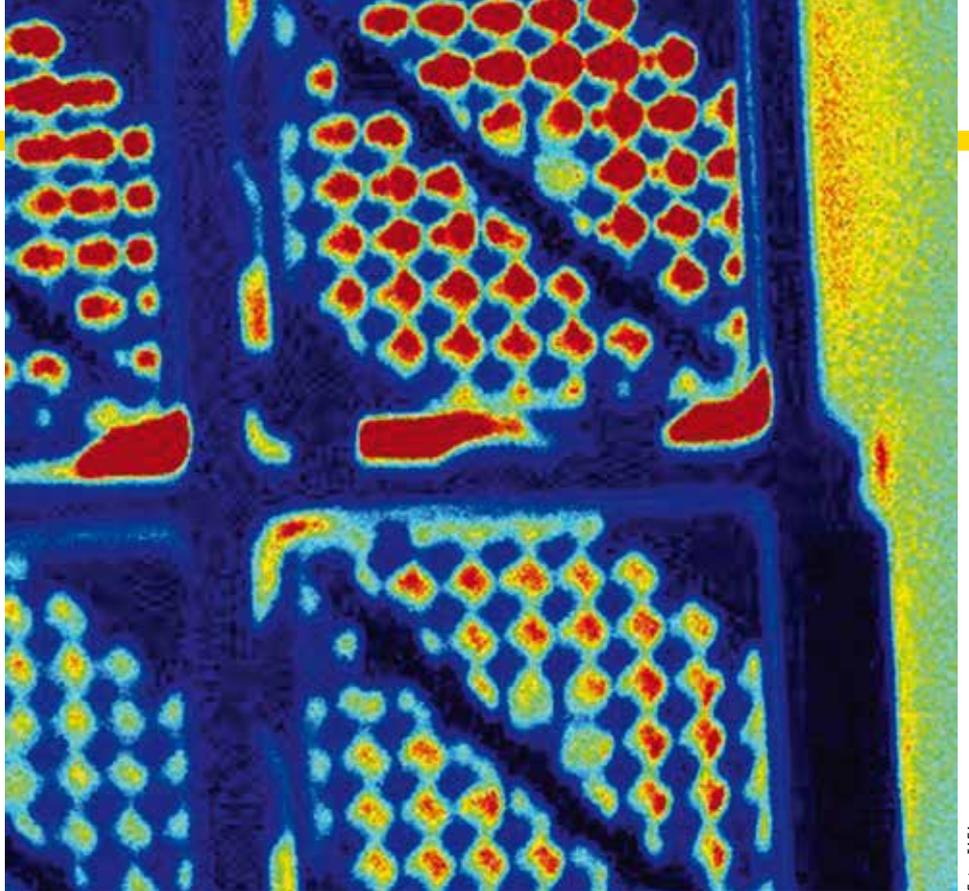


Foto: JAEA

Brennelemente von oben, betrachtet durch einen Tscherenkow-Detektor: Wo sind sie wie „heiß“?

Blackbox Reaktorkern

Hintergrund | In den AKW Brokdorf und Grohnde korrodieren Brennstäbe, zum Teil deutlich stärker als erlaubt. Die Ursache ist ungeklärt. Gibt es Parallelen zum Skandal-AKW Leibstadt in der Schweiz?

Am 19. Februar 2017 erreicht die Atom-
aufsicht in Schleswig-Holstein eine Eil-
meldung aus dem AKW Brokdorf: Eon/
PreussenElektra hat bei der jährlichen Revision
des Meilers ungewöhnlich dicke Oxidschicht-
Bildungen – sprich: Korrosion – an mehreren
Brennstäben festgestellt. Zulässige Grenzwerte
sind deutlich überschritten, selbst bei Brenn-
stäben, die erst ein oder zwei der üblichen vier
bis fünf Jahre im Reaktorkern im Einsatz waren.
Offensichtlich korrodieren sie an einigen Stel-
len im Turbogang. Die Ursache für diese Vor-
gänge im Kern des Reaktors ist völlig unklar.
Eon zufolge treten die bislang festgestellten
Korrosionsschäden sämtlich am oberen Ende
der Brennstäbe auf.

Brennstabhüllrohre bestehen aus Zirka-
loy, einer sehr korrosionsbeständigen Metall-
legierung. Unter den extremen Bedingungen
im Reaktorkern kommt es trotzdem zu Korro-
sionsprozessen, im Normalfall allerdings sehr
langsam. Selbst bei fünfjährigem Einsatz der
Brennelemente bleibt die Oxidschichtdicke

üblicherweise unterhalb der maximal erlaubten
0,1 Millimeter. Im AKW Brokdorf hingegen ist
sie bei mehreren Brennstäben, die nicht mal
zwei Jahre im Einsatz waren, schon deutlich
dicker, in einem Fall sogar 0,15 Millimeter stark.
Ab 0,16 Millimeter ist nicht mehr gewährleistet,
dass die Brennstabhülle dicht bleibt; hochra-
dioaktive Spaltprodukte könnten dann den
Kühlkreislauf des Reaktors kontaminieren.

Unbekanntes Problem im Reaktorkern

Die Brennstabhülle ist eine der Barrieren gegen
den Austritt radioaktiver Substanzen aus dem
Reaktor. Bei zu starker Korrosion kann sie ver-
sagen, insbesondere wenn, etwa bei einem Stör-
fall, die Brennstäbe noch höheren Belastungen
als im Normalbetrieb ausgesetzt sind. Darüber
hinaus sind die unerwartet starken Oxidschicht-
Bildungen auf den Brennstabhüllen aber auch
ein Symptom eines unbekanntes Problems im
Inneren des Reaktors. Sowohl das Problem selbst
als auch seine Ursache sind bis heute ungeklärt.

Das AKW Brokdorf, das eigentlich nur bis zum 24. Februar 2017 in Revision sein sollte, liegt wegen der unerklärten Korrosionen noch immer still. Die Atomaufsicht hat den Brennelementehersteller sowie Sachverständige zur Klärung der Vorgänge im Reaktorkern hinzugezogen. „Für die Zukunft muss ausgeschlossen sein, dass sich erneut Oxidschichten bilden, die den Grenzwert überschreiten. Dafür ist ein Verständnis von den Ursachen der Oxidation erforderlich“, unterstrich der Leiter der Atomaufsicht in Kiel, Jan Backmann. Noch-Umweltminister Robert Habeck (Grüne) schloss ein Wiederanfahren des AKW ohne eindeutige Untersuchungsergebnisse aus: „Erst, wenn die Ursache geklärt und ausgeschlossen ist, dass sich das Problem an anderen Brennstäben wiederholt, kommt ein Wiederanfahren in Betracht.“

Schon 2005 und 2012 war es im AKW Philippsburg-2 zu ähnlichen, aber nicht so starken Brennstab-Korrosionen gekommen. Bei aktuellen Untersuchungen fanden Sachverständige im April 2017 auch an Brennstäben im AKW Grohnde Korrosionsspuren, wie Brokdorf und Philippsburg-2 ein Reaktor vom Typ „Vor-Konvoi“. Die zulässige Oxidschichtdicke von 0,1 Millimetern war in Grohnde zwar noch nicht überschritten. Um die „Sicherheitsmargen“ zu erhöhen, erklärte sich Eon jedoch bereit, die maximale Leistung des Reaktors im kommenden Zyklus auf 95 Prozent zu begrenzen.

Parallelen zum AKW Leibstadt?

Im schweizerischen AKW Leibstadt, am Hochrhein direkt an der deutschen Grenze gelegen, wurden während der jährlichen Revision im August 2016 ebenfalls zahlreiche korrodierte Brennstäbe entdeckt. Mindestens 30 sind massiv beschädigt. Die Korrosionsstellen sind bis zu 25 Zentimeter lang und befinden sich jeweils am oberen Ende der Brennstäbe. Verantwortlich sind nach Angaben der Schweizer Atomaufsicht (ENSI) sogenannte „Dryouts“: Bestimmte Stellen im Reaktorkern wurden so heiß, dass die Brennstäbe dort nicht mehr mit einem Wasserfilm bedeckt waren, weswegen sie so stark korrodierten. Wie und warum es zu diesen Dryouts kommen konnte, die eigentlich gar nicht auftreten dürfen, ist allerdings ebenfalls noch unklar.

Zwar ist in Druckwasserreaktoren wie Brokdorf und Grohnde der Druck im Reaktorkern

deutlich höher als in einem Siedewasserreaktor wie Leibstadt. Das Kühlwasser würde folglich erst bei sehr viel höheren Temperaturen verdampfen, weswegen Dryouts hier eher unwahrscheinlich sind. In beiden Fällen ist die Brennstabkorrosion allerdings auf Vorgänge im Reaktorkern zurückzuführen, die niemand erwartet und niemand vorhergesehen hat. Derlei unbekannte und unberechenbare physikalische Mechanismen sind in einem AKW absolut inakzeptabel.

Kritik am Wiederanfahren

Trotzdem genehmigte die Schweizer Atomaufsicht (ENSI) am 16. Februar, nach sechsmonatigem Stillstand, das Wiederanfahren des AKW Leibstadt mit leicht geminderter Leistung – diese Auflage soll erneute Dryouts verhindern. Der für die Atomaufsicht im benachbarten Baden-Württemberg zuständige Umweltminister Franz Untersteller (Grüne) kann diese Entscheidung nicht nachvollziehen: „(...) die Frage einer ausreichenden Sicherheitskultur stellt sich schon, wenn physikalische Vorgänge im Reaktorkern nicht vollständig bekannt sind und der Weiterbetrieb dennoch zugelassen wird.“ Rita Schwarzelühr-Sutter (SPD), parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium (BMUB), unterstreicht: „Es ist aus Sicht des BMUB von großer Bedeutung, die Ursachen für die Schäden an den Hüllrohren restlos aufzuklären.“

reichenden Sicherheitskultur stellt sich schon, wenn physikalische Vorgänge im Reaktorkern nicht vollständig bekannt sind und der Weiterbetrieb dennoch zugelassen wird.“ Rita Schwarzelühr-Sutter (SPD), parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium (BMUB), unterstreicht: „Es ist aus Sicht des BMUB von großer Bedeutung, die Ursachen für die Schäden an den Hüllrohren restlos aufzuklären.“

Und die atompolitische Sprecherin der Grünen, Sylvia Kotting-Uhl, kritisierte: „Immer noch ist die genaue Ursache für die erhöhte Oxidation ungeklärt. Solange das der Fall ist, darf das AKW nicht wieder ans Netz gehen – auch nicht mit neuen Brennelementen.“

Die unerwartete Überhitzung mancher Stellen im Reaktorkern, welche die Dryouts verursachte, beschäftigt inzwischen auch die Reaktorsicherheitskommission. Denn üblicherweise werden Temperaturverteilung, Neutronenfluss und Kühlwasserströmung im Reaktorkern im Vorhinein am Computer simuliert, um eben solche unzulässige Überhitzungen auszuschließen, die es in Leibstadt offensichtlich gab. Die Dryouts dort sind also ein Hinweis darauf, dass die komplizierten Rechencodes für diese Simulation möglicherweise Fehler enthalten. Die in Deutschland verwendeten Codes aber sind dieselben wie in der Schweiz.

„ausgestrahlt fordert, dass Eon und die schleswig-holsteinische Atomaufsicht die Ursachen für die unerwartet starken Oxidschicht-Bildungen auf den Brennstäben im AKW Brokdorf eindeutig klären müssen. Denn aus unberechenbaren und unerklärten Vorgängen können unerwartete Gefahren erwachsen und unkontrollierbare Situationen entstehen. Ein AKW, bei dem auch nur die Möglichkeit besteht, dass es im Reaktorkern zu unbekanntem oder unerwarteten Reaktionen kommt, die sogar Brennstäbe beschädigen können, darf nicht wieder ans Netz gehen!“

Angela Wolff, Armin Simon



AKW Leibstadt/Schweiz: Betrieb auf gut Glück

Gefahr von oben

Interview | Seit 15 Jahren ist klar, dass kein AKW einen Absturz einer großen Passagiermaschine sicher überstehen würde. Trotzdem sind acht Meiler noch am Netz. Und die Behörden lösen regelmäßig Flugalarm aus

10. März 2017: Eine Boeing 787-800 aus Indien mit Flugziel London, ein sogenannter „Dreamliner“, um die 200 Tonnen schwer, mit Tanks für 127.000 Liter Kerosin und einer Reisegeschwindigkeit von rund 900 Stundenkilometern, überquert Europa. Ungarn, Slowenien, Tschechien – eine Stunde lang ist der Funkkontakt abgebrochen. „Suspected Renegade“, Verdacht auf einen abtrünnigen Flieger, urteilt die NATO und löst Alarm aus; Abfangjäger steigen auf. Auch das Nationale Lage- und Führungszentrum „Sicherheit im Luftraum“ in Deutschland geht davon aus, dass „der Verdacht besteht, dass ein ziviles Luftfahrzeug aus terroristischen oder anderen Motiven als Waffe verwendet und zum gezielten Absturz gebracht werden soll und hierdurch ein besonders schwerer Unglücksfall bevorstehen könnte“.

Die Behörden schätzen diese Gefahr als so real und groß ein, dass es dafür seit 2007 ein ganzes Regelwerk gibt, der „RENEGADE-Rahmenplan KKW“. Demnach sind in einem solchen Fall alle AKW-Standorte unverzüglich zu warnen. Weitere Anweisungen sind geheim, ebenso wie die in den AKW zu treffenden Maßnahmen. Klar ist nur, dass ein sogenannter Räumungsalarm dazugehört: Am 10. März werden alle AKW in Deutschland bis auf eine Notbesetzung evakuiert. Es ist nicht der erste solche Alarm in deutschen AKW, aber der erste, der öffentlich wird – weil eine Gruppe von Atomkraftgegner*innen zufällig gerade das AKW Brokdorf blockiert.



Foto: privat

Christoph Pistner

Dr. Christoph Pistner, 47, ist stellvertretender Bereichsleiter Nukleartechnik & Anlagensicherheit beim Öko-Institut e.V. in Darmstadt. Der Physiker ist Mitglied der Reaktorsicherheitskommission des Bundesumweltministeriums und regelmäßig als Gutachter für die baden-württembergische Atomaufsicht tätig, derzeit etwa beim AKW Philippsburg-2.

Herr Pistner, nach Angaben der Bundesregierung lösten die Behörden seit 2010 insgesamt sechsmal einen sogenannten „Renegade“-Voralarm für die AKW in Deutschland aus, weil sie den gezielten Absturz eines Flugzeugs auf einen Reaktor für denkbar hielten. Sind die AKW nicht gegen den Absturz von Flugzeugen gesichert?

Christoph Pistner: Da muss man unterscheiden. Die ganz alten AKW waren gar nicht gegen Flugzeugabstürze ausgelegt – man hat damals nur einen unfallbedingten Flugzeugabsturz diskutiert und einen solchen als so unwahrscheinlich angesehen, dass man ihn nicht unterstellen müsste. Bei den Anlagen, die heute noch laufen, hat man zumindest unterstellt, dass eine schnellfliegende Militärmaschine („Phantom“) auf sie abstürzen könnte und hat sie dagegen ausgelegt. Ein gezielter Absturz einer großen Passagiermaschine ist aber nicht unterstellt worden.

Was haben die Anschläge vom 11. September 2001 in den USA daran geändert?

Ein solcher gezielter Absturz ist nun nicht mehr nur rein theoretisch, sondern muss betrachtet werden.

Eine Studie der halbstaatlichen Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS) kam 2002 zum Ergebnis, dass keines der AKW in Deutschland einem solchen Aufprall standhalten würde, jedenfalls, wenn das Flugzeug groß und die Aufprallgeschwindigkeit hoch wäre. Das ist jetzt 15 Jahre her. Hat sich daran etwas Grundlegendes geändert?

Es gab weitere Untersuchungen und man hat überlegt, wo Sicherheitsdefizite und Verbesserungsmöglichkeiten bestehen. Das kann und will ich aber nicht im Detail diskutieren – denn immer, wenn man dazu etwas sagt, gibt man natürlich auch Hinweise, wo noch mögliche Schwachstellen sind und wo nicht. Und das sollte man bei diesem Thema nicht tun.

Laut der Studie waren die besser geschützten Anlagen die mit den dickeren Wänden. Nachträglich erhöht wurde die Wandstärke aber bei keinem Reaktor. Wäre das technisch denn überhaupt möglich?

Das halte ich nicht für möglich. Der Aufwand wäre extrem, und es gäbe ja auch Auswirkungen auf andere Ereignisse, wie zum Beispiel die Erdbebensicherheit, die man mit berücksichtigen müsste.

Atomkraftgegner*innen blockieren am 10. März beide Tore des AKW Brokdorf. Dann heißt es: Räumung des Kraftwerks wegen verdächtigem Flugzeug. Nur durch diesen Zufall wird der „Renegade“-Alarm öffentlich



Foto: Thorge Ott

An einigen AKW sind Nebelwerfer installiert worden, die die Anlagen bei Bedarf „verstecken“ sollen. Wie überzeugend ist das aus Ihrer Sicht?

Unter bestimmten Randbedingungen kann das sicherlich was bringen. Aber es löst das Problem nicht vollständig. Auch Nebelwerfer können keinen Schutz vor Flugzeugabstürzen garantieren.

2011, nach Fukushima, sind acht AKW abgeschaltet worden. Spielte deren Verwundbarkeit durch Flugzeugabstürze dabei eine Rolle?

Ich gehe davon aus. In der Begründung der Bundestagsfraktionen ist das immer ein wichtiges Argument gewesen.

Der sogenannte „Stresstest“ nach Fukushima hat allerdings auch bei den Meilern, die heute noch laufen, in Zweifel gezogen, ob sie einem solchen Absturz standhalten könnten, und festgehalten, dass es dazu weiterer Nachweise bedürfe. Liegen die inzwischen vor?

Es laufen weiterhin Untersuchungen, und nach meinem Kenntnisstand sind diese noch nicht abgeschlossen.

Auch die Reaktorsicherheitskommission (RSK) berät das Thema noch. Um was für Fragen geht es da?

Die Reaktorsicherheitskommission berät das Bundesumweltministerium zu Fragen der Sicherheit der Kernkraftwerke. Die Beratungen sind allerdings vertraulich, daher kann ich dazu im Detail nichts sagen.

Und was kann dabei rauskommen?

Wenn man bestimmte Schwachstellen identifiziert, kann man dazu Empfehlungen machen: bauliche oder betriebliche Änderungen, Nachrüstungen, was auch immer. Atomaufsichten und Umweltministerien müssen dann über die Umsetzung entscheiden.

Der ehemalige Leiter der Bundesatomaufsicht, Wolfgang Renneberg, sagt, die Politik habe bei der Begrenzung der Laufzeiten der AKW, 2001 wie 2011, zugleich entschieden, den unzureichenden Flugzeugabsturzschutz für die verbleibende Laufzeit zu akzeptieren. Hat er Recht?

Atomkraftwerke sind nicht hundertprozentig sicher. Das war schon immer so. Es existieren unterschiedlichste Möglichkeiten, wie es zu einem schweren Unfall in einem AKW kommen kann. Das akzeptieren wir, solange Atomkraftwerke laufen. Das betrifft Flugzeugabstürze genauso wie alle anderen Szenarien. Darum hat der Gesetzgeber die Laufzeiten der Atomkraftwerke in Deutschland begrenzt.

Wenn ein verdächtiges Flugzeug auftaucht, werden die AKW geräumt, haben wir neulich erfahren. Was aber bringt das?

Dazu fallen mir – ohne dass ich in die Planungen eingebunden bin – zwei Punkte ein. Zum einen: Wenn es tatsächlich zu einem Anschlag auf ein AKW käme, geht es auch darum, die Menschen, die sich in der Anlage befinden, zu schützen, also so viele wie möglich aus einem potenziell vom Flugzeugabsturz betroffenen Bereich zu entfernen. Zum anderen muss man über Szenarien mit Beteiligung eines Innentäters nachdenken. Auch mit Blick darauf gilt: Jeweniger Menschen auf der Anlage sind – außer eben jenen, die man unbedingt braucht –, umso günstiger ist das.

Müssten die Reaktoren bei einem „Renegade“-Alarm nicht schnellabschalten, um das Risiko ernsthaft zu reduzieren?

Wenn die Steuerstäbe in den Kern eingefahren sind, ist zumindest die Kettenreaktion schon mal unterbrochen. Das ist sicher ein Vorteil. Aber die Schnellabschaltung selbst bringt die Anlage ja erst einmal in einen sich stark verändernden Zustand: Da treten Belastungen auf, Ventile und Pumpen und dergleichen treten in Aktion. Ob das dann bei einem unterstellten Aufprall eines Flugzeugs immer günstiger ist? Ich denke nicht.

Interview: Armin Simon

„Nehmt eure eigenen Worte ernst“

Dokumentation | Offener Brief an die nominell atomkritischen Parteien

Liebe SPD, Grüne und Linkspartei,

die Wahrscheinlichkeit ist groß, dass mindestens eine eurer Parteien an der nächsten Bundesregierung beteiligt sein wird. Alle drei wusstet ihr schon vor Fukushima um die Gefahren der AKW und standet der Atomenergie deshalb kritisch gegenüber. Und heute?

Dem Parteiprogramm nach kommt die Linkspartei mit ihren Positionen den Forderungen der Anti-Atom-Bewegung am nächsten. Das Problem ist nur, dass das Thema an sich parteiintern

bisher kaum Gewicht hat. Wenn das so bleibt, werden die guten Forderungen bei möglichen Koalitionsverhandlungen schnell vom Tisch fallen – und die AKW weiterlaufen.

„Sind Atomkraftwerke plötzlich weniger gefährlich, weil der Bundestag beschlossen hat, sie irgendwann abzuschalten?“

Im Entwurf für das grüne Wahlprogramm stehen neben einigen positiven Punkten – etwa: die Wiedereinführung der Brennelementesteuer, das sofortige Aus für beide Blöcke des AKW Gundremmingen und ein Ende der Atomfabriken in Lingen und Gronau – die Sätze: „2022 wird der letzte Meiler in Deutschland vom Netz gehen. Aber so lange noch Atomkraftwerke laufen, müssen sie höchsten Sicherheitsstandards entsprechen.“ Das klingt so, als habe sich die ursprüngliche Anti-Atom-Partei damit abgefunden, dass die AKW noch bis 2022 weiterlaufen.

Bei der SPD heißt es im sogenannten Impulspapier für das Wahlprogramm fast gleichlautend: „2022 wird das letzte deutsche Atomkraftwerk abgeschaltet. Die Sicherheit der Atomkraftwerke muss bis zum letzten Betriebstag und auch während der

Stilllegung und des Rückbaus verlässlich bleiben.“ Auch ihr Sozialdemokrat*innen wollt die Brennelementesteuer wieder einführen.

„Das Thema ist abgeräumt, höre ich manchmal. Nur: Das Risiko ist noch da!“

Eine Wiedereinführung der Steuer könnte je nach deren Höhe in der Tat dazu führen, dass der eine oder andere Reaktor sich nicht mehr rechnet und etwas früher vom Netz geht. Das begrüße ich sehr. Allerdings wird der Effekt leider dadurch abgeschwächt, dass die Steuer ja seit Anfang 2017 nicht mehr erhoben wird. Die AKW-Betreiber haben das genutzt, in den nächsten Jahren werden sie weniger neue Brennelemente einsetzen müssen – womit nach dem bisherigen Modell auch weniger Steuern anfielen.

Sich allein auf die Wirkung der Steuer zu verlassen, ist zu wenig! Ihr Grünen habt noch 2011, auf dem Sonderparteitag nach Fukushima, wo ihr Merkels halben Ausstieg gutgeheißen habt, den eindeutigen Beschluss gefasst: „Im Falle einer grünen

Regierungsbeteiligung werden wir die Rahmenbedingungen so ändern, dass das letzte AKW noch deutlich vor 2022 abgeschaltet wird.“ Was ist davon geblieben? „So lange noch Atomkraftwerke laufen, müssen sie höchsten Sicherheitsstandards entsprechen.“

Liebe Grüne, wollt ihr wirklich einfach alle Meiler „möglichst sicher“ bis 2022 weiterlaufen lassen? Sind Atomkraftwerke plötzlich weniger gefährlich, weil der Bundestag beschlossen hat, sie irgendwann abzuschalten? Ist der Tag für Tag produzierte Atom-müll ein kleineres Problem geworden, nur weil er ab 2023 nicht mehr produziert werden soll?

Manchmal höre ich aus euren Reihen den Satz „Das Thema ist abgeräumt.“ Nur: Das Risiko ist noch da. Wie können Atomkraftgegner*innen wie ihr darauf setzen, dass es schon irgendwie gut gehen wird? Wie könnt ihr verantworten, uns alle und die kommenden Generationen weiter diesen Risiken auszusetzen?

Sozialdemokrat*innen und Grüne streiten zu Recht lautstark dafür, grenznahe AKW wie Tihange, Cattenom, Fessenheim oder Temelin abzuschalten – über die Risiken von Grohnde, Neckarwestheim, Ohu und Brokdorf jedoch hört man viel weniger von euch.

Dieses Missverhältnis zwischen inländischen und grenznahen AKW in eurem Fokus ist umso kurioser, als ihr auf die deutschen AKW als Teil einer künftigen Bundesregierung großen Einfluss nehmen könntet, wohingegen euer Einfluss auf die Reaktoren in der Nachbarschaft selbst als Regierungspartei gegen null tendiert. Das nährt den Verdacht, dass es euch gar nicht mehr um eine tatsächliche Reduktion des Atomrisikos geht. Denn das ist an sieben Standorten in Deutschland auch sechs Jahre nach Fukushima noch immer virulent.

Linkspartei, Grüne und SPD: Ihr gehört zu denjenigen, die die Gefahren der Atomenergie schon lange erkannt haben. Ihr wisst mit am besten, dass Atomkraftwerke niemals sicher sind: Immer wieder tauchen gravierende Mängel auf, jahrzehntelang un bemerkt. Mehrfach schon hat nur Glück eine weitere große Atomkatastrophe verhindert. Nehmt eure eigenen Worte ernst! Es ist Zeit, dieses Risiko zu beenden. Jetzt – und nicht erst 2022!

Mit anti-atomaren Grüßen
Jochen Stay

PS: Dieser Brief richtet sich in erster Linie an diejenigen, die Wahlprogramme schreiben und in möglichen Koalitionsverhandlungen Entscheidungen treffen. Ich weiß, dass es an der Basis viele aktive Atomkraftgegner*innen gibt, die sich genauso wie ich ein konsequenteres Anti-Atom-Engagement ihrer Partei wünschen.

.ausgestrahlt-Shop

.ausgestrahlt unterstützt Dich mit Material für Dein Engagement gegen Atomkraft. Lieferadresse nicht vergessen, dann an .ausgestrahlt, Große Bergstraße 189, 22767 Hamburg, Fax 040 2531-8944. Oder online bestellen – da gibt's auch das volle Sortiment: www.ausgestrahlt.de/shop



Neckar-Castor

Plakat „Die Titanic vom Neckartal“

EnBW behauptet: Castor-Schiff unsinkbar

_____ A2 – kostenlos M-313-08

_____ A3 – kostenlos M-313-09



Anti-Atom-Quietscheentchen

Das Maskottchen der Protest-Bewegung gegen die Castor-Transporte auf dem Neckar

_____ 100 % Naturkautschuk – 5 Euro V-123-54

Unterschriftenliste „Keine Castor-Transporte von Obrigheim nach Neckarwestheim“

Mit Platz für jeweils 14 Unterschriften

_____ A4, zweiseitig – kostenlos M-313-03



Plakat „Neckar castorfrei“

_____ A2 – kostenlos M-313-01

_____ A3 – kostenlos M-313-02



Flyer „Neckar castorfrei“

Info-Flyer zur bundesweiten Mobilisierung

_____ A5, vierseitig – kostenlos M-313-07

Hintergrund-Info „Atommüll auf dem Neckar“

Fragen und Antworten zu den geplanten Castor-Transporten vom AKW Obrigheim zum AKW Neckarwestheim

_____ A5, vierseitig – kostenlos M-313-04



Flyer „Neckar castorfrei“ – regionaler Bezug

Info-Flyer für die Bevölkerung in den Orten entlang der Castor-Transportstrecke im Neckartal

_____ A5, zweiseitig – kostenlos M-313-06

Aufkleber „Neckar castorfrei“

_____ wetterfest, ø 9,5 cm – kostenlos M-313-05



Menschenkette Tihange – Aachen 25.6.

Plakat „Kettenreaktion Tihange“

90 Kilometer Menschenkette von Tihange bis Aachen!

_____ A2 – kostenlos M-314-01

_____ A3 – kostenlos M-314-02



Anti-Atom-Sonne

Anti-Atom-Fahne

aus wetterfestem Fahnenstoff mit abgenähtem Tunnel zum Einstecken einer Fahnenstange

_____ mittel 90 × 60 cm – 7 Euro V-123-09

_____ groß 100 × 90 cm – 10 Euro V-123-10

_____ maxi 140 × 120 cm – 16 Euro V-123-11



Postkarte „Kettenreaktion Tihange“

Für den europäischen Atomausstieg – AKW überall abschalten! Allen Freund*innen schon Bescheid gesagt?

_____ A6, zweiseitig – kostenlos M-314-03



Kleine Fahne mit Befestigung fürs Auto oder Fahrrad mit Halterung aus weißem Plastik

_____ klein 38 × 30 cm – 4,50 Euro V-123-08

AKW Gundremmingen – Wer B sagt, muss auch C sagen!

Plakat

_____ A2 – kostenlos M-312-01

_____ A3 – kostenlos M-312-02

Flyer mit Unterschriftenkarte

_____ DIN lang, sechseckig – kostenlos M-312-03

Unterschriftenliste

Mit Platz für jeweils 14 Unterschriften

_____ A4, zweiseitig – kostenlos M-312-04

Aufkleber „AKW Gundremmingen – Wer B sagt, muss auch C sagen“

_____ wetterfest, 16 × 6,5 cm – 10 Cent V-312-01



Ausstellung „Gundremmingen | Tschernobyl: Was wäre, wenn ...“

Fotografische Gegenüberstellungen aus der Sperrzone um Tschernobyl und einer möglichen um Gundremmingen

_____ Set mit 6 Plakaten, A2 – kostenlos M-312-07



Hintergrund-Info „AKW Gundremmingen“

Fragen und Antworten zu den zwei gefährlichsten Reaktoren in Deutschland

_____ A5, vierseitig – kostenlos M-312-05

40 Jahre Gorleben

Ausstellung „Gorleben soll leben“ – erweiterte Neuauflage 2017

4 Plakate zu (1) Geologie des Salzstocks und Gefahren eines Atom-
müll-Lagers dort, (2) Tricks und Lügen, um den Standort durchzu-
drücken, (3) 40 Jahre Widerstand und (4) zur Situation heute

Set mit allen 4 Plakaten – 60 × 80 cm

_____ 24 Euro Soli-Preis V-302-07-1

_____ 12 Euro Normal-Preis V-302-07-2

Einzelplakate – 3 Euro

_____ „Geologie“ V-302-08

_____ „Tricks“ V-302-09

_____ „Widerstand“ V-302-10

_____ „Aktuelle Situation“ V-302-11



Flyer „Gorleben – Trügerische Ruhe“

Es ist nicht vorbei – der Standort bleibt im Spiel.
Ein Überblick zur Geschichte und der Situation heute

_____ DIN lang, achtseitig – kostenlos M-302-27



.ausgestrahlt

.ausgestrahlt-Magazin Nr. 35

zum Auslegen und Verteilen

_____ A4, 24 Seiten – kostenlos M-121-35



Adresse

Vorname: _____

Nachname: _____

Straße, Nr.: _____

PLZ, Ort: _____

E-Mail: _____

Ich bestelle die Materialien wie eingetragen und bitte um Lieferung an oben angegebene Adresse. Es fallen zusätzlich 4,70 Euro für Versand und Verpackung an. Ich überweise nach Erhalt der Lieferung und Rechnung.

Bitte schickt mir regelmäßig kostenlos: per Post das .ausgestrahlt-Magazin den E-Mail-Newsletter

Datum, Unterschrift: _____

an .ausgestrahlt, Große Bergstraße 189, 22767 Hamburg • Fax 040 2531-8944 • www.ausgestrahlt.de/shop



Atomkraft in China

Hintergrund | Peking will den Bau Dutzender neuer Reaktoren durchdrücken – doch örtliche Proteste haben schon mehrere Atomprojekte gekippt

Chinas Liste der alternativen Energiequellen liest sich anders als erwartet: Wind, Wasser, Sonne – und Atom. Der kommunistischen Regierung gilt Atomkraft als sicherer, sauberer Weg aus der Abhängigkeit von der Kohle. Zwar hatte sie nach dem schweren Unfall im japanischen Fukushima die Blaupausen neuer AKW auf ihre Sicherheit prüfen lassen. „Doch nun müssen wir den Nuklearausbau wieder beschleunigen“, kündigte im Februar Xu Dazhe an, der Chef der chinesischen Atomenergiebehörde.

Der neue Energieplan setzt mehr denn je aufs Atom. China gehört damit zu den letzten Ländern, die diese Energieform auch weiterhin massiv ausbauen wollen. Mit nennenswertem Widerstand rechnet die kommunistische Regierung dabei nicht. Der Staat kontrolliert die Nuklearindustrie praktisch alleine. Sowohl die Stromversorger als auch die Reaktorbauer befinden sich in Hand der Regierung; die Überwachungsbehörden sind mit Parteigenossen besetzt. Die Partei erlaubt keine Vereine oder Organisationen, die sie nicht steuern kann. Die Bevölkerung wiederum mischt sich in politische Angelegenheiten nur ein, wenn sie direkt persönlich betroffen ist.

Prinzipielle Atomkraftgegner*innen gibt es daher kaum. Andererseits schlagen gerade in China die Wogen besonders schnell hoch, wenn Leute eine Gefahr für ihre Gesundheit oder die ihrer Familie wittern. Die Behörden geraten daher seit einigen Jahren regelmäßig unter Druck, wenn sie neue Atomprojekte in Angriff nehmen. Zwar stellen sich die Kommunisten nicht

zur Wahl, doch sie wollen das Volk im Wesentlichen glücklich und zufrieden halten. „Wenn die Anwohner definitiv gegen ein Projekt sind, dann kippen wir es“, lässt sich ein Beamter der obersten Energiebehörde NEA zitieren.

Zu hohes politisches Risiko

Bei zwei wichtigen Vorhaben hat die Regierung bereits einen Rückzieher gemacht. So sollte in der Stadt Lianyungang in der Nähe von Shanghai eine 15 Milliarden Euro teure Wiederaufarbeitungsanlage entstehen. Als die Bewohner*innen von Lianyungang im vergangenen Jahr von den Plänen erfuhren, gingen Tausende auf die Straße. Gerüchteweise hieß es zwischenzeitlich, dass die Polizei einen Demonstranten erschossen habe. Fest steht, dass Beamte die Versammlung mit Schlagstöcken auflösten. Dennoch erschien Peking das politische Risiko zu hoch: Was, wenn sich an dem Protest ein großflächiger Widerstand entzündete? Im August 2016 beschloss die Regierung deshalb, einen neuen Standort für die Plutoniumfabrik zu suchen.

Bereits 2013 cancelten die Behörden nach Protesten den Bau einer Brennelementefabrik in der Südprowinz Guangdong. Ein AKW in Pengzi in der Provinz Jiangzi provozierte ebenfalls Demonstrationen, ist jedoch noch nicht vom Tisch.

Derzeit deckt China mit seinen 37 Reaktoren dreieinhalb Prozent seines Strombedarfs. In den nächsten drei Jahren soll der Wert auf sechs Prozent steigen, wenn nach und nach 20 neue Reaktoren ans Netz gehen. Bis 2020 will China so 57 Reaktorblöcke betreiben. In den kommen-



den 50 Jahren sollen dem Langfristplan zufolge sogar rund hundert neue AKW entstehen.

Kritiker*innen betrachten diese Pläne mit wachsender Sorge. „Mit der steigenden Zahl der Meiler steigt das Risiko eines schweren Unfalls stark an“, sagt Physiker He Zuoxiu, einer der bekanntesten Atomkraftgegner des Landes. Ihn kann die Regierung nicht zum Schweigen bringen: He gehörte in den 1960er-Jahren zu dem Team, das Chinas erste Atombombe entwickelt hat. Heute argumentiert er mit mathematischen Methoden gegen die Atomkraft. Aus 23 Kernschmelz-Unfällen weltweit berechnet er eine Katastrophenwahrscheinlichkeit pro Reaktorbetriebsstunde – und kommt zu dem Schluss, dass mit der hohen Zahl der geplanten Kraftwerke in China eine Fehlfunktion mit schweren Folgen praktisch unausweichlich ist.

Wasser, Wind, Sonne, Kohle

Peking will und muss weg von der Kohle – schon, um den Smog zu bekämpfen. Die Regierung sieht deshalb keine Alternative zum Atomausbau. Allerdings lässt die Entwicklungs- und Reformkommission auch Sonne, Wind und Wasser in Rekordgeschwindigkeit ausbauen. Im Jahr 2015 hat sie 110 Milliarden Euro in erneuerbare Energien gesteckt, bis 2020 sind Ausgaben in Höhe von 350 Milliarden Euro geplant. Insgesamt sollen dann Windkraft- und Solaranlagen mit einer Kapazität von 320 bis 400 Gigawatt am Netz sein plus mindestens 340 Gigawatt Wasserkraft. Spitzenreiter soll die Kohle bleiben, mit 1.100 Gigawatt. Atomkraft hingegen kommt dem Plan zufolge trotz aller Neubauprojekte nur auf 58 Gigawatt.

Finn Mayer-Kuckuk

„Wir geben nicht auf“



Foto: privat

Porträt | Seit 30 Jahren kämpft die „Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad“ gegen das geplante Atommülllager für schwach- und mittelradioaktiven Müll in der ehemaligen Eisenerzgrube bei Salzgitter. Claus Schröder, 61, hat den Zusammenschluss mit gegründet

Die Schlacht am Schacht“ hieß es in der Presse – das war die erste große Demo, die ich gegen die geplante Atommüll-Lagerung in dem ehemaligen Eisenerzbergwerk „Schacht Konrad“ bei Salzgitter mitorganisiert habe, 1982. Da gab es unsere Initiative, die Arbeitsgemeinschaft (AG) Schacht Konrad, noch gar nicht. „Passt auf“, hieß es damals, „in Bleckenstedt“, dem Ort direkt am Schacht, „sind die Leute gegen eure Proteste, die wollen nix damit zu tun haben!“ Heute hat sich die Stimmung dort völlig gewandelt. Viele aus Bleckenstedt sind Mitglied in unserer AG, mit dem Sportverein und der Kirche gibt es enge Kontakte; unser Vereinshaus liegt mitten im Ort.

Mitte der 1970er-Jahre kam ich zum Studieren nach Braunschweig. In meiner Wohngemeinschaft war Atomkraft und Gorleben immer wieder Thema, wir haben viel diskutiert. Ich war 1979 mit beim Gorleben-Treck in Hannover und im

Februar 1981 auf der großen Demo in Brokdorf. Irgendwann wollte ich mehr mitmischen und mitorganisieren. Also bin ich im „Arbeitskreis gegen Atomenergie in Braunschweig“ aktiv geworden. Aus die-

sem Kreis heraus haben wir zusammen mit anderen Gruppen 1987 die „Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad“ gegründet. Es ging und geht uns um einen verantwortungsvollen Umgang mit dem Müll. Und natürlich darum, dass von dem Dreck nichts mehr produziert werden darf.

Gegen das geplante Lager gab es damals schon viele Anti-Atom-Gruppen; wir wollten die gar nicht ersetzen, sondern vernetzen und

unterstützen. Vor allem, um größere und aufwändigere Aktionen stemmen zu können. Deshalb haben wir nicht nur Einzelpersonen als Mitglieder gesucht, sondern auch Gruppen und Kommunen. Eine schöne Anekdote ist, wie wir uns in den Kopf gesetzt haben, die Stadt Braunschweig dabei zu haben. Dazu haben wir erstmal Kontakt zu den Grünen aufgenommen. Die waren allerdings der Ansicht, das sei totaler Quatsch, denn da würde die – damals regierende – SPD niemals mitmachen. Ein Vertreter meinte, wir könnten das höchstens als Witz-Antrag stellen. Tja – aber dann hat der damalige SPD-Oberbürgermeister Gerhard Glogowski spontan gesagt, klar sei er dabei. Und schwupps war die Stadt Braunschweig Mitglied. Die Grünen waren völlig perplex.

Im Endeffekt war das die Initialzündung. Ich bin dann, mittlerweile als hauptamtlicher Geschäftsführer der AG, rumgezogen und habe alle möglichen Kommunen abgeklappert und sie, meist mit Erfolg, aufgefordert, Mitglied bei uns zu werden.

Je mehr wir wurden, umso mehr konnten wir schaffen. Ob das jetzt Veranstaltungen mit Wissenschaftler*innen waren, zu denen wir den Kontakt herstellten, oder größere Proteste. Ich fand es immer wichtig, sachlich fundierte Kritik zu äußern. Manchmal war das schwierig: Keine Gruppe oder Kommune wollte oder konnte ein teures Gutachten alleine finanzieren. Also haben wir das in Auftrag gegeben und jede Kommune hat einen Teilbetrag gegeben; profitiert haben am Ende alle. Selbst die Stadt Salzgitter, die nicht Mitglied ist, unterstützt uns jährlich mit einem größeren Betrag.

Ganz bezeichnend finde ich unser Engagement in Morsleben, dem DDR-Atommülllager,

„Teure Gutachten konnte keine Kommune allein finanzieren, also hat jeder einen Teil gegeben; profitiert haben am Ende alle.“

Schacht Konrad

keine 60 Kilometer östlich von hier. Nach der Wiedervereinigung hat Merkel als Umweltministerin dort noch jahrelang westdeutschen Atommüll einlagern lassen. In dem Landstrich lebten vor der Wende nur

Leute, die gegenüber dem Atommüll-Lager nicht kritisch eingestellt waren. Also haben wir ein Treffen veranstaltet und über die Gefahren informiert.

Es kamen viele Menschen, die so gar nichts mit der Bewegung am Hut hatten. Nach dem, was wir ihnen erzählt haben, waren die ziemlich erschrocken. Und gründeten dann eine Bürger*inneninitiative. Die AG hat diese über Jahre hinweg unterstützt und begleitet.

Vor kurzem kamen die Erweiterungspläne für Schacht Konrad auf den Tisch, nach denen noch viel mehr Müll in den Schacht kommen sollte, als ursprünglich geplant. Wir haben mit einem großen Bündnis dagegen getrommelt und in kürzester Zeit 70.000 Unterschriften gesammelt. Mit unseren Bündnispartnern Stadt Salzgitter – geführt von einem CDU-Bürgermeister –, der IG Metall und dem Landvolk konnten wir entsprechend auftreten. Die Erweiterungspläne wurden schließlich zurückgezogen, das ist erstmal ein Teilerfolg.

Allein schon, dass der Schacht immer noch nicht in Betrieb ist, ist ein Erfolg unserer Arbeit. Denn als wir in den 1980er-Jahren anfangen, hieß es, dass der Müll ab Anfang der 1990er eingelagert werden solle. Dieser Termin wurde immer weiter nach hinten geschoben – auch weil wir Widerstand aufgebaut haben.

Leider konnten wir die Genehmigung selbst nicht verhindern. Angeblich soll es nun ab 2022 losgehen. Aber wir geben längst nicht auf! Unser Ansatzpunkt ist: Die Planungen sind aus den 1980er-Jahren, entsprechen also bei Weitem nicht mehr dem Stand von Wissenschaft und Technik. Trotzdem sollte bisher nicht einmal überprüft werden, ob diese uralte Genehmigung auch heutigen Sicherheitskriterien noch standhalten würde. Wir haben beim niedersächsischen Umweltminister Druck gemacht, der hat das zuständige Bundesamt daraufhin aufgefordert, nachzuweisen, dass das geplante Atommülllager dem Stand von Wissenschaft und Technik entspricht. Derzeit läuft eine Ausschreibung für eine „Überprüfung der sicherheitsrelevanten Anforderungen“.

„Als wir anfangen, hieß es, dass der Müll ab Anfang der 1990er-Jahre eingelagert werden soll.“

Die Asse-Katastrophe hat gezeigt, dass der Müll rückholbar sein muss. Genau deswegen hat die Atommüll-Kommission diese Voraussetzung für die Lagerung des hochradioaktiven Mülls formuliert. Bloß bei Schacht Konrad interessiert das niemand. Wir von der AG kritisieren das und generell, dass die Endlager-Kommission bei der Diskussion um den langfristigen Verbleib

einen großen Teil des Atommülls einfach ausklammert hat. Nötig ist aber doch erstmal eine umfassende Bestandsaufnahme, so wie wir es im „Atommüllreport“ (www.atommuellreport.de) gemacht haben: Was gibt es insgesamt an radioaktivem Abfall? Dann erst kann man die entsprechenden Möglichkeiten prüfen. Stattdessen wird immer nur für einen Teilbereich geguckt. Dagegen werden wir weiter kämpfen.

Protokoll: Julia Schumacher

In dem stillgelegten Eisenerz-Bergwerk „Schacht Konrad“, unter Salzgitter, sollen von 2022 an schwach- und mittelradioaktive Abfälle deponiert werden. An der Langzeitsicherheit bestehen massive Zweifel; eine Standortsuche nach vorher definierten Kriterien oder gar einen Standortvergleich gab es nie. Die „Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad“ koordiniert seit 30 Jahren die Aktionen gegen das Atommüllprojekt. Daneben unterstützt sie Proteste gegen die Atommüllkippen Morsleben und Asse II sowie gegen andere Atomanlagen. Das von ihr initiierte Projekt „Atommüllreport“ lieferte die erste umfassende Übersicht über die radioaktiven Abfälle in Deutschland. www.ag-schacht-konrad.de

Anzeige

Anti-Atomstrom

Nach Tschernobyl haben Schönauer Bürger ihr Stromnetz freigekauft und einen bundesweiten Ökostromversorger in Bürgerhand aufgebaut. Die EWS fördern Ökokraftwerke und unterstützen genossenschaftliche Energieprojekte.



Auf nach Schönau!

Wechseln Sie zum 5-Sterne-Ökostrom

Die Erzeuger unseres 100 % regenerativen Stroms haben keine Kapitalbeteiligungen von Atom- und Kohlekraftwerksbetreibern oder deren Tochterunternehmen.



atomstromlos. klimafreundlich. bürgereigen.

Elektrizitätswerke Schönau Vertriebs GmbH . Fon: 07673/88850 . www.ews-schoenau.de



Foto: Andreas Conradt / PubliXviewing

Die Enten sind los

Gegen die Castor-Transporte auf dem Neckar und den Weiterbetrieb der Atomkraftwerke gehen rund 750 Atomkraftgegner*innen am 4. März in Heilbronn auf die Straße. EnBW will abgebrannte Brennelemente aus dem stillgelegten AKW Obrigheim in das unsichere Zwischenlager beim AKW Neckarwestheim verschiffen. Auf dem Neckarkanal, auf dem die brisante Atomfracht die Großstadt durchqueren soll, patrouillieren Enten im Anti-Atom-Piratenlook. Die Atomkraftgegner*innen fordern einen Verzicht auf die unsinnigen und gefährlichen Transporte. Zugleich kritisieren sie das baden-württembergische Umweltministerium, das der EnBW erst wenige Wochen zuvor erlaubt hatte, weiter große Mengen Grundwasser unter dem AKW-Gelände in Neckarwestheim abzupumpen. Die permanente Grundwasserabsenkung ist Voraussetzung für den Weiterbetrieb des AKW, das in einer Senke unterhalb des Neckarpegels steht; zugleich wäscht das Wasser Kalk aus, so dass sich gefährliche Hohlräume unter den Atomanlagen bilden, die einstürzen könnten. Aufgerufen zu der Demo hat das „Bündnis Neckar castorfrei“, zu dem auch .ausgestrahlt gehört.

www.neckar-castorfrei.de



Standortsuche im alten Geist

Auf eine neue gesetzliche Grundlage stellt der Bundestag am 23. März die Suche nach einem tiefengeologischen Lager für den hochradioaktiven Atommüll – fünf Jahre nach dem angekündigten „Neustart“. Doch im Kern bleibt alles beim Alten: Das Verfahren soll vor allem einen Standort durchsetzen; eine gesellschaftliche Verständigung über den Umgang mit den strahlenden Abfällen strebt es erst gar nicht an. Die Auswahlkriterien sind so vage formuliert, dass jeder politisch ausgehandelte Standort damit legitimiert werden kann, auch der marode Salzstock in Gorleben. „Der gesellschaftliche Konflikt bleibt, das erneute Scheitern der Standortsuche ist auf diese Weise vorprogrammiert“, so .ausgestrahlt-Sprecher Jochen Stay bei der Protestkundgebung vor dem Reichstag.



Foto: Uwe Hirsch

Abriss? Bitte gleich zweimal!

Offiziell geht es beim Erörterungstermin am 28. März im bayerischen Gundremmingen um den geplanten Rückbau von Block B des AKW, dessen Betriebsgenehmigung am 31.12.2017 endet. Das Bild bestimmen allerdings Atomkraftgegner*innen, die sich mit Transparenten vor der Tür aufgebaut haben und fordern, auch den Schwesterreaktor Gundremmingen-C schon dieses Jahr abzuschalten. Ein aktuelles Gutachten weist nach, dass beide Reaktoren nicht über ein den geltenden Sicherheitsstandards entsprechendes Notkühlssystem verfügen. In einem offenen Brief fordern .ausgestrahlt und das Umweltinstitut München Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) am 16. März daher auf, beide Reaktoren vorläufig stillzulegen.

Mehr als 27.000 Menschen treten bereits mit ihrer Unterschrift dafür ein, nicht nur Block B, sondern auch Block C des AKW Gundremmingen 2017 abzuschalten. Bist Du schon dabei?

www.ausgestrahlt.de/gundremmingen



Foto: Helge Bauer

Ketten-Support

„Jeder Meter zählt“ heißt der Spot, mit dem .ausgestrahlt 2010 für die Menschenkette vom AKW Brunsbüttel bis zum AKW Krümmel warb. Unzählige Kinos zeigten ihn damals, der markante Trommelsound liegt noch vielen in den Ohren. Bald ist er wieder zu hören, und zwar auch in Belgien und den Niederlanden. Denn für die Menschenkette am 25.6. von Tihange nach Aachen (Seite 6/7) erfährt der Streifen eine Neuauflage. Maßgeblich organisieren die „Kettenreaktion“ Anti-Atom-Aktive aus Aachen und dem Dreiländereck. .ausgestrahlt unterstützt sie mit Know-How und bei der Finanz-Verwaltung und hilft, die Aktion bundesweit zu bewerben.

www.ausgestrahlt.de

Auf die Ohren



In drei neuen Podcasts von .ausgestrahlt geht es um das Verwirrspiel mit dem Wort „Atomausstieg“, den jüngsten „Renegade“-Alarm in den AKW wegen eines verdächtigen Flugzeugs am Himmel (siehe auch Seite 14/15) sowie um die angeblich ergebnisoffene Suche nach einem tiefengeologischen Atommüll-Lager und den noch immer ungelösten Atommüll-Konflikt. Reinhören und abonnieren unter

www.ausgestrahlt.de/podcast

Sechs Jahre Fukushima-Katastrophe

In mehr als 90 Städten stellen Anti-Atom-Aktive rund um den 11. März Aktionen, Demonstrationen, Mahnwachen und Veranstaltungen auf die Beine. Anlass ist der sechste Jahrestag des Beginns der Atomkatastrophe von Fukushima. Unzählige Lokalzeitungen berichten über diese Aktivitäten und machen so sowohl die Situation in Japan als auch die aktuelle Atompolitik in Deutschland zum Thema – ein gutes Beispiel, wie sehr es sich lohnt, selbst mit einer kleinen Gruppe aktiv zu werden.

Die .ausgestrahlt-Ausstellung „Fukushima, Tschernobyl und wir“ ist in zahlreichen Städten und an vielen Schulen zu sehen. In den sozialen Medien finden .ausgestrahlt-Infos zur Katastrophe großen Widerhall.

Fake-News zum „Exportverbot“

Für ein angebliches „Exportverbot“ von Atommüll, das sie gesetzlich fest-schreiben wollen, klopfen sich Politiker*innen von CDU, CSU, SPD und Grünen im Februar auf die Schulter. Das „Bündnis gegen Castor-Exporte“, in dem auch .ausgestrahlt mitarbeitet, deckt auf: Tatsächlich lässt der Gesetztext riesige Hintertüren für den Export hochradioaktiver Abfälle. Dies gilt insbesondere für die 152 Castoren aus Jülich und die 305 Behälter voll abgebrannter Brennelemente aus dem stillgelegten Hochtemperaturreaktor in Hamm-Uentrop, die derzeit in Ahaus stehen.

www.ausgestrahlt.de/export-usa

AKW Brokdorf bleibt aus

Wegen unerklärt starker Oxidation von Brennstäben liegt das AKW Brokdorf seit Wochen still (siehe Seite 12/13). „Erst, wenn die Ursache geklärt und ausgeschlossen ist, dass sich das Problem an anderen Brennstäben wiederholt, kommt ein Wiederanfahren in Betracht“, verspricht Umweltminister Robert Habeck (Grüne) im schleswig-holsteinischen Landtagswahlkampf. Damit er dieses Versprechen nach der Wahl nicht vergisst, startet .ausgestrahlt Mitte April eine Postkarten-Aktion an den (Noch-)Minister und schaltet vor der Brokdorf-Demo zum Tschernobyl-Jahrestag Anzeigen in regionalen Zeitungen.



Foto: Andreas Conradt / PubliXviewing



Foto: privat

„Ich fördere .ausgestrahlt, weil ich der Überzeugung bin, dass wir mit der Atomenergie auf einem Pulverfass sitzen, von dem wir nicht wissen, wann es in die Luft geht.“

Monika Forneck, Wetter-Niederwetter

Ziehst Du um, so sende uns Deine neue Adresse! Dieses Magazin wird trotz Nachsendeantrag von der Post nicht weitergeschickt.

Heimliche Laufzeitverlängerung

Infografik | Laut Gesetz darf jedes AKW nur eine begrenzte Menge Strom produzieren. Durch Übertragung von Stromproduktionsrechten längst abgeschalteter Meiler verlängern die Betreiber die Laufzeit ihrer AKW



■ Eigene Stromproduktionsrechte (Reststrommengen) reichen voraussichtlich noch bis ...
■ Spätestes Abschaltdatum laut Atomgesetz von 2011



Mehr Infos: ausgestrahlt.de/laufzeitverlaengerung

.ausgestrahlt fordert:

- Atomkraftwerke endlich abschalten
- Laufzeitverlängerung durch die Hintertür stoppen
- Keine Übertragung von Reststrommengen bereits abgeschalteter AKW